

Zu viel Reparaturmedizin

Leibniz-Studie fordert mehr Prävention

Trotz der vielen Milliarden Euro, die Deutschland in sein Gesundheitswesen investiert, können die Ergebnisse nicht mit denen europäischer Nachbarn mithalten. Das Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) kommt in einer aktuellen Analyse zu einem ernüchternden Ergebnis: Statt Krankheiten zu verhindern, konzentrierte man sich hierzulande zu sehr auf deren Behandlung – und das mit zum Teil ineffizienten Strukturen.



© iadiddle – stock.adobe.com

Fakt ist: Deutschlands soziale Sicherungssysteme sind gut ausgebaut – und teuer. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind die dritthöchsten weltweit. Trotzdem bleiben die Gesundheitsindikatoren hinter denen vergleichbarer europäischer Staaten zurück. Kurz gesagt: Die Menschen sind kränker und sterben früher. Hat eine der wirtschaftsstärksten Nationen tatsächlich ein strukturelles Problem in der öffentlichen Gesundheitsversorgung? Denn Fakt ist auch, dass die Gesundheits- und Pflegekosten kontinuierlich steigen und die Krankenkassen ein Milliardendefizit verzeichnen, während die Beiträge ein Rekordniveau erreicht haben.

Die Wissenschaftler des BIPS machen in diesem Kontext drei Hauptprobleme aus. Zunächst gehe es um eine fehlende zentrale Steuerung, denn Deutschland habe keine starke Institution, die Public-Health-Maßnahmen koordiniert. Stattdessen herrsche ein Flickenteppich aus Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der zu schlechter Abstimmung und ineffizienter Mittelverteilung führe.

Ein weiterer Grund:

Zu wenig Prävention, zu viel „Reparaturmedizin“. Die Krankenkassen würden Milliarden für hochspezialisierte Behandlungen aufwenden, während die Finanzierung von Prävention und Gesundheitsförderung weiterhin ein Nischendasein fristet.

Letztlich verhinderten Lobbyvereinigungen wirksame Maßnahmen, wie beispielsweise die viel diskutierte Zuckersteuer, Werbeverbote für ungesunde Lebensmittel oder die Regulierungen für Tabak und Alkohol. In Deutschland seien diese Maßnahmen entweder abgeschwächt oder nie umgesetzt worden, so die Analyse – und dies fände oft unter dem Einfluss wirtschaftlicher Interessen statt.

Die föderalistischen Strukturen Deutschlands ermöglichten zwar regionale Spielräume, auf der anderen Seite gäbe es auch Nachteile – gerade in der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Gesundheitsdaten würden häufig unkoordiniert erhoben und nicht ausreichend miteinander in Relation gebracht, was sich während der

Coronapandemie sehr deutlich gezeigt habe. „Die Folge ist ein Gesundheitssystem, das zwar enorm teuer ist, aber zu wenig für die langfristige Gesundheit der Bevölkerung tut“, bringt es Studienleiter Prof. Dr. Hajo Zeeb auf den Punkt. Deutschland könne sich sein aktuelles System daher auf Dauer nicht leisten – weder gesundheitspolitisch noch wirtschaftlich.

Um die Gesundheit der Deutschen nachhaltig zu verbessern, müsse man umdenken und auf eine nationale Public-Health-Strategie setzen. Gesundheitsförderung müsse als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen und systematisch sowie sektorübergreifend umgesetzt werden. Prävention und Gesundheitsförderung müssten in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Politik müsse sich zudem trauen, gesundheitsschädliche wirtschaftliche Interessen stärker zurückzudrängen, sei es bei Ernährung, Alkohol oder Tabak. Wenn man also nicht weiter in der Kosten Spirale gefangen sein wolle, dann brauche Deutschland eine Neuausrichtung hin zu mehr Prävention.

Ingrid Scholz